



Bundesministerium
für Gesundheit



Pflege

DARUM KÜMMERN
WIR UNS

**Pflege. Darum
kümmern wir uns.**

www.bundesgesundheitsministerium.de

„Pflege. Darum kümmern wir uns.“

Pflege ist ein wichtiges Zukunftsthema für unsere Gesellschaft, denn es geht uns alle an. Mit der Kampagne „Pflege. Darum kümmern wir uns.“ soll das Bewusstsein für Pflege weiter verstärkt und als Thema in der Gesellschaft verankert werden.

Bundesminister Daniel Bahr ist im Rahmen der Kampagne deutschlandweit unterwegs, um sich vor Ort ein Bild von Pflege zu verschaffen. Er trifft unter anderem Pflegebedürftige und Pflegenden, um mit ihnen über ihren Pflegealltag und



über die Verbesserungen, die das Pflege-Neuausrichtungsgesetz (PNG) bringen wird, zu sprechen. In den Gesprächen werden die unterschiedlichen Aspekte und Bedürfnisse der Pflege thematisiert und die neuen Möglichkeiten und Verbesserungen diskutiert. Im Austausch und Dialog mit Akteuren der Pflege, pflegenden Angehörigen,

Bürgerinnen und Bürgern, Medien und Multiplikatoren engagiert das Bundesministerium sich dafür, Pflege als gesellschaftliches Thema zu diskutieren und die Voraussetzungen für eine gute Pflege konkret zu verbessern.

Im Herbst werden die Neuerungen des Pflege-Neuausrichtungsgesetzes für die Bürgerinnen und Bürger deutschlandweit verstärkt in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses gesetzt.

Der Internetauftritt* zum PNG dokumentiert zudem die Bedeutung von Pflege für unsere Gesellschaft und schafft Angebote zum Mitmachen. Menschen, die mit Pflege tagtäglich in Berührung kommen, verdeutlichen, warum wir uns gemeinsam um Pflege kümmern müssen. Sie zeigen Möglichkeiten und Chancen dieses Zukunftsberufes auf.

* www.bundesgesundheitsministerium.de/png

Das Pflege-Neuausrichtungsgesetz

2,4 Millionen Menschen in Deutschland sind pflegebedürftig und auf die Hilfe anderer Menschen angewiesen. Experten gehen davon aus, dass im Jahr 2030 weit über drei Millionen Menschen Hilfe benötigen. Wer wird sich um sie kümmern? Heute werden mehr als zwei Drittel der Pflegebedürftigen zu Hause versorgt. Meist von Angehörigen, oft vom Partner, den Kindern oder Enkeln. Pflegende Angehörige müssen viele Herausforderungen meistern, auch sie brauchen Unterstützung.

Das Pflege-Neuausrichtungsgesetz (PNG) begegnet diesen Herausforderungen und verbessert die Situation von Pflegebedürftigen und ihren Angehörigen. Mit dem Gesetz hat die Bundesregierung einen entscheidenden Schritt für die Zukunft der Pflege getan. Am 1. Januar 2013 sollen die wesentlichen Verbesserungen des PNG in Kraft treten. Dazu zählen:

- Im Mittelpunkt stehen bessere Leistungen und mehr Wahlmöglichkeiten für demenziell erkrankte Menschen, z. B. durch erweiterte Leistungen in der ambulanten Pflege.
- Mehr Unterstützung für pflegende Angehörige, z. B. durch neue Betreuungsmöglichkeiten, die sie in ihrem Pflegealltag unterstützen und entlasten.
- Neue Möglichkeiten der individuellen Pflege, z. B. durch neue Zeitkontingente als Möglichkeit, selbstbestimmt und individuell Pflege- oder Betreuungsleistungen im Rahmen der anerkannten Pflegestufe zu vereinbaren.
- Förderung von alternativen Wohnformen, um Pflegebedürftigen ein möglichst hohes Maß an Eigenständigkeit und Individualität zu ermöglichen, z. B. in Pflege-Wohngruppen.
- Bessere medizinische Versorgung in stationären Pflegeeinrichtungen, z. B. bei der ärztlichen und zahnärztlichen Versorgung.
- Verbesserung von Beratung und Begutachtung durch verschiedene Elemente, z. B. auch Stärkung des Grundsatzes „Rehabilitation vor Pflege“.
- Entbürokratisierung in der Pflege.
- Förderung der Pflegevorsorge.

Der Minister vor Ort

19. April 2012

Hammoor

Besuch einer selbstorganisierten
Pflege-Wohngruppe

29. Mai 2012

Berlin

Gespräch mit Altenpflegeschülerinnen
und -schülern im Bundesministerium
für Gesundheit

Besuch eines psychosozialen Treffpunkts
der Alzheimer-Gesellschaft Berlin e. V.

18. Juni 2012

Düsseldorf

Besuch der Kaiserswerther Diakonie

29. Juni 2012

Berlin

Telefonaktion (Fragen und Antworten zum
PNG) im Bundesministerium für Gesundheit

3. August 2012

Berlin

Besuch im Wohnpark am Rohrpfuhl

23. August 2012

Bonn

Zusammentreffen mit Pflegenden und
Akteuren von „Ich pflege, weil ...“ im
Bundesministerium für Gesundheit

27. August 2012

Köln

Besuch des Sets von „Verbotene Liebe“
(Demenzerkrankung einer Serienfigur)

Weitere Termine in Hamburg, München, Münster und Berlin folgen.





„In unserer Gesellschaft muss Pflege künftig noch stärker eine zentrale Rolle spielen. Es geht mir darum, diesem Thema mehr Öffentlichkeit zu verschaffen – und zwar überall da, wo Pflege eine Rolle spielt, also in Einrichtungen, am Arbeitsplatz, in der Familie und in den Medien. Sich politisch um Pflege zu kümmern, heißt für mich auch, Perspektiven der Betroffenen, Pflegenden und Pflegeeinrichtungen im Blick zu haben und ihre Sichtweise einzunehmen. Von besonderer Bedeutung ist zudem, denjenigen, die gute Pflege leisten, die entsprechende Anerkennung entgegenzubringen. Es ist unerlässlich, in der Pflege Verbesserungen zu schaffen, denn Pflege ist ein – vielleicht *das* – Zukunftsthema.“

Daniel Bahr
Bundesminister für Gesundheit

Impressum

Herausgeber

Bundesministerium für Gesundheit
Kommunikationsstab, Referat Öffentlichkeitsarbeit
11055 Berlin

Konzeption und Text

BMG, A&B One

Gestaltung

A&B One

Fotos

Michael Hagedorn, Frank Elschner

Druck

Silber Druck oHG

Stand

August 2012, 1. Auflage

Wenn Sie den Flyer bestellen möchten:

Bestell-Nr.: BMG-P-07070

E-Mail: publikationen@bundesregierung.de

Telefon: 01805 / 77 80 90*

Fax: 01805 / 77 80 94*

Schriftlich: Publikationsversand der Bundesregierung
Postfach 48 10 09
18132 Rostock

* Für diesen Anruf gilt ein Festpreis von 14 Cent pro Minute aus dem deutschen Festnetz und maximal 42 Cent pro Minute aus den Mobilfunknetzen.

Diese Publikation wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums für Gesundheit herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlbewerbern oder Wahlhelfern während des Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Europa-, Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen. Missbräuchlich ist besonders die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugegangen ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.